

Wahlen in New Jersey, Virginia und New York

Trumps Honeymoon ist vorbei

ISABELLE JACOBI

Natürlich hat Donald Trump recht. Man sollte die Off-Zyklus-Wahlen in einer Handvoll Gliedstaaten und Städten nicht überschätzen. Der amerikanische Präsident reagierte am späten Abend düpiert auf die Wahlsiege der Demokraten am 4. November und spielte deren Bedeutung herunter. Aber es ist offensichtlich: Ein Jahr nach dem Sieg von Donald Trump hat sich die Stimmung in der Wählerschaft verändert.

Die Demokraten können auf einer Anti-Trump-Welle reiten und siegen nicht nur auf der ganzen Linie, sie übertreffen alle Erwartungen. In New Jerseys Gouverneurswahl siegte die moderate Demokratin Mikie Sherrill mit 13 Prozentpunkten Abstand auf den Republikaner Jack Ciattarelli – obwohl der lokal gut vernetzte Geschäftsmann ein starker Kandidat war.

In Virginia hat die ebenso moderate Abigail Spanberger das Gouverneursamt für die Demokraten zurückgewonnen, obwohl ihr republikanischer Vorgänger sehr beliebt war. Die beiden Frauen – die eine ehemals Navy-Pilotin, die andere Ex-CIA-Agentin – vertraten im Kongress den rechten Flügel der Demokraten. Insbesondere Spanberger ist ein Feindbild für die Linksprogressiven, seit sie bei einem hochkarätigen Parteitreffen sagte: «Wir dürfen nie wieder die Wörter Sozialist oder Sozialismus gebrauchen.»

Dabei hat sie wohl die Rechnung ohne Zohran Mamdani gemacht. Dem Mitglied der Demokratischen Sozialisten Amerikas gelang in New York ein Erdrutschsieg. Mamdani ist der erste Muslim, der im «Big Apple» regiert, und siegte trotz einer massiven, gut alimentierten Gegenkampagne des Politikveteranen Andrew Cuomo, der als Unabhängiger antrat.

Dem 34 Jahre jungen Shootingstar gehört eindeutig das Momentum dieser Wahlen. Der Jungpolitiker erschien wie aus dem Nichts und begeisterte mit seiner energiegeladenen Kampagne die New Yorker – vom Financial District bis zur Bronx, von Chelsea bis Brooklyn. Wenn einer demonstriert, wie Demokraten die Jugend wieder mobilisieren können, dann er. Sein Linkspopulismus spricht die Generation an, die steigende Lebens- und Bildungskosten drücken.

Im Moment feiern linke Demokraten den Erfolg Mamdanis frenetisch und sehen im Populismus ein Rezept, wie man Trumps Republikanern in den Zwischenwahlen 2026 und womöglich in den Präsidentschaftswahlen 2028 Paroli bieten kann: indem man «Feuer mit Feuer» bekämpft. Dass der Ruf nach massiv mehr Staat und höheren Steuern das falsche Rezept ist und der Wirtschaft empfindlich schaden kann, bleibt Nebensache. Die Radikalität von Mamdani irritierte auch viele moderate Demokraten. Sie zögerten lange, bis sie ihn offiziell unterstützten, einige verzichteten darauf wie der Ex-Prä-

Wollen die Demokraten in der Fläche gewinnen, braucht es dringend Figuren wie die ehemalige Navy-Pilotin und Staatsanwältin Mikie Sherrill mit einer amerikanischen Musterfamilie, inklusive Golden Retriever.

sident Obama oder der Senatsführer der Demokraten, Chuck Schumer.

Das New Yorker Experiment könnte nach hinten losgehen, falls sich der neue Bürgermeister nicht regierungsfähig zeigt. Der gänzlich unerfahrene Mamdani verwaltet nun ein 116-Milliarden-Budget und steht 300 000 Staatsangestellten vor. Wohl deswegen bot sich Obama in einem erneuten Telefongespräch mit Mamdani als informeller Berater an. Dessen Wahl ist zudem eine Steilvorlage für die Republikaner, die Demokraten als radikal abzustempeln.

Die Wahlkampfstrategie Mamdanis national zu replizieren, wäre ein Fehler seitens der Demokraten. Die Immigrantentadt New York ist ein Spezialfall – jenseits des Hudson River, der Manhattan von New Jersey trennt, hätte ein bekennender Sozialist und antizionistischer Muslim keine Chance. Wollen die Demokraten in der Fläche gewinnen, braucht es dringend Figuren wie die ehemalige Navy-Pilotin und Staatsanwältin Mikie Sherrill mit einer amerikanischen Musterfamilie, inklusive Golden Retriever. Man wird sehen, ob die demokratische Basis das versteht, wenn sie zu den Midterm-Vorwahlen schreitet.

Die Republikaner hingegen sollten sich die Frage stellen, ob sie weiterhin Trumps Disruptionen anstandslos durchwinken. Der Honeymoon der Trump-Regierung ist mit dem Votum vom Dienstag abrupt zu Ende gegangen.

US-Zölle gegenüber der Schweiz

Auf den Supreme Court zu hoffen, bringt nichts

JANNIK BELSER

Seit Monaten ächzen Teile der Schweizer Wirtschaft unter den amerikanischen Zöllen. Jetzt gibt es einen Hoffnungsschimmer. Der US-Präsident schrieb am Dienstagabend auf Truth Social, er habe sich mit einer Schweizer Delegation über den Handel zwischen den beiden Ländern ausgetauscht. «Job well done», stand in der Nachricht – drei Wörter wie Balsam für die Schweizer Seele. Erwartungsvoll verfolgten Wirtschaftsvertreter zudem am Mittwoch die Anhörung zu Trumps Zöllen vor dem Supreme Court. Die weitverbreitete Hoffnung: Das oberste Gericht erklärt Trumps Handelspolitik für rechtswidrig und bringt so die guten alten Zeiten zurück, in denen Unternehmen ihre Güter beinahe zollfrei in die USA exportieren konnten. Eine Vorstellung, die kaum eintreten wird. Erstens fällt der Entscheid erst im Verlauf der nächsten Monate. Zweitens fände Donald Trump neue Wege für sein liebstes Druckmittel. Die Schweiz muss also weiter verhandeln – auch wenn die Geschäftsbeziehungen zu den USA selbst mit einem Deal unsicher bleiben.

Viele Beobachter halten es für wahrscheinlich, dass der Supreme Court die Zölle aufheben wird. Zwar sind die konservativen Richter in der Mehrheit. Zahlreiche von ihnen haben sich in der Ver-

gangenheit jedoch gegen staatliche Eingriffe in die Wirtschaft ausgesprochen und äusserten sich am Mittwoch bei der Anhörung sehr skeptisch zu den Strafzöllen.

Zumindest kurzfristig würden die Richter mit einer Umkehr der Zölle zusätzliche Verunsicherung stiften. Offen wäre dann, ob die USA ihre Handelspartner für den angerichteten Schaden entschädigen müssten und wie der Präsident auf den Entscheid reagieren würde. Der Oberste Gerichtshof treffe die wichtigste Entscheidung des Jahrhunderts, sagte Trump kürzlich in einem Interview. Ohne seine Zölle nähme die amerikanische Wirtschaft unermesslichen Schaden: «Sie wird zur Hölle fahren.»

Wenn sich die Richter dem US-Präsidenten widersetzen, wird dieser neue juristische Gründe für ein Vorpreschen suchen – oder die Zölle im Kongress politisch beglaubigen lassen. Dieser Umweg ist umständlich, aber Trump würde ihn gehen. Denn der US-Präsident schätzt seine Zölle zu sehr, als dass er aufgrund eines Gerichtsurteils auf sie verzichten würde. Sie sind sein wirtschaftspolitisches Prestigeobjekt, ein Druckmittel, mit dem er andere Staaten in den letzten Monaten nach Belieben gängelte. Und Trump füllt mit den Zöllen die Staatskasse – auch wenn Trumps Generalanwalt das bei der Anhörung vor dem Supreme Court kleinredete.

Bern soll sich weiterhin für ein Handelsabkommen einsetzen, dessen Wert aber nicht überschätzen. Trump hat schon zahlreiche Kehrtwenden vollzogen.

Gemäss dem amerikanischen Finanzministerium haben die USA zwischen Oktober 2024 und September 2025 knapp 200 Milliarden Dollar durch Zölle eingenommen. Im Sommer, als Trump mit höheren Zöllen den Druck auf zahlreiche Handelspartner erhöhte, waren die Einnahmen dreimal so hoch wie noch im Vorjahr. Das reicht zwar nicht aus, um wie versprochen die Einkommenssteuer abzuschaffen. Dennoch erhält die Regierung einen beträchtlichen Zustupf. Und hat ein Staat einmal eine neue Einkommensquelle gefunden, hält er an dieser fest.

Für die Handelspartner der USA sind das schlechte Nachrichten. Noch mögen sie auf ein Gerichtsurteil hoffen, das sie von den Zöllen befreit. Bald werden sie jedoch erkennen müssen, dass der US-Präsident seine Stellung als gefühlter Herrscher über den Weltmarkt mit aller Vehemenz verteidigen wird. Auch Bern soll daher nicht auf die amerikanische Justiz hoffen, sondern sich weiterhin für ein Handelsabkommen mit den USA einsetzen. Je früher der Nachteil der Schweiz gegenüber anderen Handelspartnern mit geringeren Zollsätzen wegfällt, desto besser.

Gleichzeitig soll sie den Wert eines Abkommens nicht überschätzen. Trump hat in seiner Handelspolitik schon zahlreiche Kehrtwenden vollzogen, etwa gegenüber Kanada und China. Ein Deal ist nur so lange gut, wie der US-Präsident ihn für richtig hält.

Frühfranzösisch

Die Politik ignoriert die Realität

SEBASTIAN BRIELLMANN

Der euphorische Chor der technokratischen Bildungselite befindet sich gerade in einem paradoxen Stadium. Normalerweise folgt er blind der Losung, dass Reformen stets zu begrüssen sind; sogar dann, wenn sich der Status quo bewährt hat. Wenn sich jedoch, wie jetzt beim Fremdsprachenunterricht, tatsächlich Veränderungen aufdrängen: Dann halten viele der sogenannten Experten, seien es Politiker oder Wissenschaftler an den pädagogischen Hochschulen, auf einmal nicht mehr an ihren Überzeugungen – neu ist immer besser – fest.

Im akademischen Elfenbeinturm will man nichts davon hören, dass etwa Frühfranzösisch nichts gebracht hat. Das lässt sich insofern nachvollziehen, als dass die Reformen dann eine Lebenslüge eingestehen müssten. Enttäuschender ist die Haltung der Bildungspolitik, die tatsächlich für Verbesserungen sorgen könnten. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) agiert realitätsfern. An der Jahresversammlung wurden zwar gewisse Probleme eingestanden, aber so schönede im Diminutiv formuliert, als handle es sich um Lappalien. Dabei kennen alle Erziehungsdirektoren die Wahrheit. Es war eine Untersuchung, die sie selbst in Auftrag gegeben hatten, die im Mai miserable Ergebnisse aufge-

zeigt hat. Im Lesen erreicht nur die Hälfte der Schüler in den Deutschschweizer Kantonen in Französisch die Grundkompetenzen, im Hören sind es knapp 60 Prozent. Am Ende der obligatorischen Schule, notabene.

Gegen eine Transformation, die auch einige kritische Kantone wollen, wehrt sich die EDK wortgewaltig. Eine Verschiebung der Fremdsprachen in die Sekundarstufe lehnt man ab. Begründung: Der nationale Zusammenhalt sei gefährdet. Man sei eine Willensnation, die in die «nationale Kohäsion» investieren müsse. Ohne Frühfranzösisch keine Schweiz? Darunter macht man es nicht. Ähnlich argumentiert auch die Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (SP), die die Kantone notfalls zwingen will, am Frühfranzösisch festzuhalten.

Das sind lächerliche Argumente. Die Bildungselite labt sich gerne an der eigenen Progressivität. Und nun ist sie auf einmal patriotisch? Das wirkt wenig glaubhaft. Vor allem suggeriert diese Botschaft falsche Tatsachen. Niemand möchte Französisch aus der Schule verbannen, an der Wichtigkeit des gegenseitigen Verständnisses wird nicht gezweifelt. Nur gibt es gute Gründe, dass ein späterer Beginn von Vorteil ist.

Die Forscherin Simone Pfenninger hat schon vor über zehn Jahren nachgewiesen, dass es am Ende der Schulzeit keinen Unterschied macht, ob man eine Sprache mit 8 oder mit 13 Jahren beginnt. Das liegt

Die kritischen Kantone sollten weiter am Ende des Frühfranzösisch festhalten. Am besten passiert das mit einer Anpassung des Harmos-Konkordats. Gelingt das nicht, bleibt nur der Austritt.

hauptsächlich daran, dass das «Kurzfutterkonzept» mit zwei, drei Lektionen in der Woche wenig Fortschritt bringt. Pfenninger wurde dafür diskreditiert. Heute wagt niemand mehr Widerspruch.

Und es gibt ja auch Ideen, wie eine zweite Landessprache gestärkt werden könnte. Der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid schlug etwa vor, dass man mit Französisch in der 5. Klasse beginnen sollte – und mit Englisch in der Sekundarstufe. Ein radikaler Kurswechsel wäre das nicht, aber Schmid's Idee hatte keine Chance. Lieber will die EDK die Bildungsziele anpassen, «den Unterricht stärken». Man lobt sich selbst für ein «deutliches Zeichen». Das ist ungefähr so wahr, wie wenn man die Fremdsprachenkenntnisse aller Schüler als hervorragend einstufen würde. Was das in der Konsequenz heissen wird, ist klar: Das Niveau wird sinken, wie das schon in Deutsch und Mathematik geschehen ist – was auch daran liegt, dass immer mehr Kinder daheim keine Landessprache sprechen. Aber Frühfranzösisch bringt alle weiter?

Diese Mutlosigkeit ist ein intellektuelles Armutszeugnis, zum Schaden der Schüler, die insgesamt weniger können werden, erst recht kein Französisch. Die kritischen Kantone sollten deshalb weiter am Ende des Frühfranzösisch festhalten. Am besten passiert das mit einer Anpassung des Harmos-Konkordats. Gelingt das nicht, bleibt nur der Austritt.